

Schweizer Stiftungen geraten in Bedrängnis

Die Stiftungen in der Schweiz verwalten Vermögen von über 400 Milliarden Franken und beschäftigen 130 000 Personen. Eine neue Studie befürchtet, der Sektor könnte gegenüber der EU ins Hintertreffen geraten.

Pascal Hollenstein

In kaum einem Land spielen Stiftungen eine derart wichtige Rolle wie in der Schweiz. Alles in allem beschäftigt der Sektor laut einer unveröffentlichten Studie rund 130 000 Personen in knapp 96 000 Vollzeitstellen. Jährlich werden 200 bis 300 Stiftungen neu gegründet. Seit 1995 ist die Zahl der Angestellten bei Stiftungen um über 17 Prozent gestiegen – deutlich mehr als in der gesamten Wirtschaft.

Der Stiftungssektor sei «aus der Sicht der Beschäftigtenzahl ein rasant wachsender Sektor», stellt die Studie des Instituts für Verbandsmanagement (VMI) an der Universität Freiburg und des Dachverbands gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz (Profonds) fest. Dabei sind die Jobs, welche bei der

Vermögensverwaltung in den Banken anfallen, nicht eingerechnet. Die insgesamt in Schweizer Stiftungen parkierten Vermögen belaufen sich laut dem Papier auf über 400 Milliarden Franken, wobei 40 bis 50 Milliarden alleine in gemeinnützigen Stiftungen liegen.

Diese Erfolgsgeschichte, so glauben die Autoren der Studie, sei allerdings akut gefährdet – und wie beim Bankgeheimnis komme die Gefahr aus dem Norden und aus der EU. Deutschland hat 2007 sein Stiftungsrecht revidiert. Wer in bundesdeutsche Stiftungen einzahlte, kann heute zwei- bis viermal so hohe Beträge von der Steuer absetzen. Bereits im ersten Jahr der Neuregelung stieg die Anzahl neu gegründeter Stiftungen auf deutschem Boden um 26 Prozent. Wenn es attraktiver wird, eine Stiftung in Deutschland zu dominieren, so die Studie, fällt die Schweiz im Standortwettbewerb zurück.

Hinzu kommt, dass das Stiftungswesen europaweit neu geordnet werden soll. Von einer Vereinheitlichung der nationalen Gesetzgebungen bis hin zur Schaffung eines europäischen Stiftungsstatuts sind derzeit vier Modelle in Diskussion. Damit könnten europäische Stiftungen künftig problemlos



«Guter Ruf»: Ständerat Werner Luginbühl.

EU-weit aktiv sein. Die Schweiz würde zur Insel, was laut der Studie die «Attraktivität des Standorts Schweiz schmälern würde», zumal Stiftungen immer internationaler würden: «Waren Stiftungen historisch gesehen ursprünglich primär regional aktiv, so engagieren sie sich heute oft in mehreren Ländern gleichzeitig.»

Kommt das Schweizer Stiftungswesen damit zwangsläufig unter die europäischen Räder? Die Autoren der Studie befürchten es – und verlangen vom Bund energische Gegensteuer. Analog zu Deutschland soll die steuerliche Ab-

zugsfähigkeit von Zuwendungen an gemeinnützige Stiftungen erhöht werden. Die europäischen Entwicklungen seien zudem eng zu verfolgen: Die Schweiz müsse rechtzeitig prüfen, ob und in welcher Form sich «der Zugang zum europäischen Stiftungs-Standort aufdrängt», heisst es in der Studie – was in der Praxis auf ein bilaterales Abkommen herauslaufen dürfte. Aber auch bei den Stiftungen selber orten die Autoren Handlungsbedarf: Um ihre Legitimität zu gewährleisten, müssten die Stiftungen ihren gemeinnützigen Zwecken auch tatsächlich nachkommen. Die Stiftungsaufsicht habe deshalb sicherzustellen, dass inaktive Stiftungen sanktioniert würden.

Die Ergebnisse der Studie untermauern Forderungen, welche der Berner BDP-Ständerat Werner Luginbühl als Motion eingereicht hat. Laut Luginbühl lebt der Standort Schweiz bei den Stiftungen derzeit «vor allem von seinem guten Ruf». Würden die gesetzlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen aber nicht rasch angepasst, bestehe die Gefahr, dass die Schweiz auch in diesem Bereich ins Hintertreffen gerate – und dies zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt.

Quelle: „NZZ am Sonntag“, 24. Mai 2009
siehe auch www.vmi.ch